

sich unter ständigen innerparteilichen Auseinandersetzungen zu einem ersten größeren Erfolg 1930 (12 Mandate). Die Wahlen von 1933 erbrachten ihr die absolute Mehrheit im Volkstag. Der Versuch ihres ersten Senatspräsidenten Hermann Rauschnig, eine Politik des Ausgleichs zu treiben, scheiterte an den radikalen Umtrieben des Gauleiters Forster.

Anders als in Danzig schuf die Abtretung für die Parteien in Pommerellen völlig veränderte Verhältnisse. Um eigene Kandidaten in den Sejm bringen zu können, waren gemeinsame Listen der Parteien nötig, dazu Verbindungen mit anderen Minderheiten. Während die Sozialdemokraten selbständig blieben, schlossen sich die übrigen Parteien in der „Deutschen Vereinigung“ zusammen. Trotz verschiedenartiger Gegenmaßnahmen konnten die Deutschen im Sejm und Senat ihr Gewicht zur Geltung bringen, solange Polen republikanisch regiert wurde.

An Stelle von Prof. Dr. K. Wajda (Thorn), der am Kommen verhindert war, hatte sich Dr. Ludwig Biewer (Berlin) zu einem Vortrag über „Ostpreußische Aspekte im Preußen der Weimarer Republik“ bereit erklärt. Auch in der Weimarer Republik belastete der Dualismus zwischen dem Reich und Preußen, zu dem fast 3/5 des Deutschen Reiches gehörten, den Gesamtstaat. Doch stärkte die Weimarer Verfassung die Stellung der preußischen Provinzen, deren Landtage die Hälfte der preußischen Vertreter im Reichsrat wählten, die vielfach abweichend von ihrer Regierung stimmten. Wortführer der politischen Rechten im Reichsrat war der Vertreter Ostpreußens Wilhelm Freiherr v. Gayl (DNVP), der auch im preußischen Staatsrat als Oppositionssprecher eine wichtige Stellung einnahm. Ostpreußen stand unter den 12 preußischen Provinzen flächenmäßig an 3., bevölkerungsmäßig an 7. Stelle, doch nahm es infolge seiner räumlichen Abtrennung, die das Reich dauernd belastete, eine Sonderstellung ein. So hatte auch sein Oberpräsident einen eigenen Vertreter im preußischen Staatsministerium. An der Spitze des preußischen Staats stand fast während der ganzen Weimarer Zeit als Ministerpräsident der Ostpreuße Otto Braun (1872–1955), einer der bedeutendsten und dabei stets auf Ausgleich bedachten Politiker der Weimarer Republik, für den preußische Politik stets auch Reichspolitik war. Im Endstadium der Weimarer Republik spielten konservative Politiker aus Ostpreußen wie Elard v. Oldenburg-Januschau und Rudolf Nadolny eine Rolle, dazu wiederum v. Gayl, der als Innenminister maßgeblich an dem Schlag gegen den preußischen Innenminister Severing (am 20. Juli 1932) beteiligt war. Er legte seine Vorstellung vom „Neuen Staat“ in einer Denkschrift (im Oktober 1932) dar. Nach der Notverordnung vom 6. Februar 1933, die das Ende des demokratischen Preußen bedeutete, verließ Otto Braun am 4. März Deutschland und ging in die Schweiz ins Exil.

Am Sonntagnachmittag hatte der Kreis Neuß die Tagungsteilnehmer zu einer Exkursion in die Stadt Zons eingeladen. Frau Dr. Blum-Spicker führte sie durch die in bemerkenswerter Vollständigkeit erhaltenen mittelalterlichen Wehranlagen dieser kleinen Stadt und der erzbischöflichen Burg und anschließend durch das von ihr geleitete Museum. Am Abend gab der Kreis Neuß der Kommission einen Empfang mit anschließendem Imbiß und einem geselligen Beisammensein. Landrat Hoeren und Oberkreisdirektor Salomon sprachen Grußworte, die der Kommissionsvorsitzende Arnold mit einem herzlichen Dank für die so gastliche Aufnahme erwiderte.

Am Montagvormittag (17. 6.) fanden nochmals 2 Vorträge statt. Georg Bitter (Bonn) stellte unter dem Thema „Der Regierungsbezirk Königsberg zwischen den Weltkriegen –

verwaltungsgeschichtliche Probleme“ Aufbau und Thematik der Dissertation vor, an der er arbeitet. Da die Akten des Regierungsbezirks selbst verloren gegangen sind, muß E. B. in anderen Bereichen (etwa bei übergeordneten Instanzen) gesucht werden. Die Arbeit soll 1. die Verwaltungsbehörden und ihre leitenden Beamten, dazu die Verteilung der Kompetenzen behandeln, 2. den Demokratisierungsprozeß beleuchten, der bis 1933 ansatzweise gelang und in der landrätlichen Verwaltung vom rein juristisch gebildeten Beamtentum wegführte; danach sollen 3. die Veränderungen nach 1933 untersucht werden, die durch die rücksichtslose, tiefgreifende Stellenbesetzungspolitik der NSDAP bewirkt wurden. Außerdem sollen Probleme der Landwirtschaft, der schulischen Entwicklung und der Industrieansiedlung behandelt sowie die sozialen und konfessionellen Verhältnisse untersucht werden.

Zum Abschluß sprach Dr. Friedrich Richter (Kronberg) über „Ostpreußische Industrieentwicklung zwischen den Weltkriegen“. Er begann mit einer statistischen Übersicht. Die letzten Statistiken vor dem Ersten Weltkrieg wiesen eine nur geringe, auf Küsten und Ströme konzentrierte Industrialisierung nach. Besonders in den Krisenjahren 1925–1933 ging die Zahl der in Industrie und Handel Beschäftigten stark zurück, nahm dann aber bis 1939 wieder kräftig zu.

Die einseitig agrarische Struktur führte zu ständigen Überlegungen, wie Industrieansiedlung gefördert werden könne, von denen Richter solche von A. Hesse, A. Winnig, Oberpräsident Siehr, v. Batocki, Schack referierte. Die Wirtschaftspolitik stand seit 1921 vor den durch die Abtretung verursachten Problemen der Marktferne Ostpreußens und der Bevölkerungsabwanderung. Erfolgreich war man zwischen 1921 und 1935 besonders auf dem Gebiet der ländlichen Siedlung. Die 1925 beginnende Krise der großen ostpreußischen Industrieunternehmen löste dann zahlreiche Hilfsmaßnahmen für diese aus. In der Endphase der Krise scheint man in Königsberg ein Industriekonzept erarbeitet zu haben, auf das sich dann der sog. „Ostpreußenplan“ 1933 stützen konnte, mit dem eine systematische staatliche Arbeit der Industrieansetzung begann. Sie konnte gewisse Erfolge erzielen, geriet dann aber seit 1937 in den Schatten anderer politischer Prioritäten der NS-Staates.

Emil Johannes Guttzeit

* 1. März 1898 in Königsberg Pr. † 18. Mai 1984 in Diepholz

Am 18. Mai 1984 starb nach einem Herzinfarkt im 87. Lebensjahr in Diepholz Emil Johannes Guttzeit, eins der ältesten Mitglieder unserer Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung. Als Sohn des aus dem Kreise Pr. Eylau stammenden Reichsbahnbeamten Gustaph Adolf Guttzeit wurde er am 1. März 1898 in Königsberg geboren. Seine Mutter Auguste geb. Schönwald stammte selbst aus Königsberg, seine Großeltern mütterlicherseits aus Insterburg. Ein großer Teil seiner Vorfahren kam aus Königsberg und den benachbarten Landkreisen. Diesem ostpreußischen Raume hat sich E. J. Guttzeit Jahrzehnte hindurch in emsiger Arbeit in seinen genealogischen und landeskundlichen Forschungen zugewandt, deren Ergebnisse die „Bibliographie der Ge-

schichte von Ost- und Westpreußen“ von Ernst Wermke mit annähernd 240 Titeln verzeichnet.

Schon im Ersten Weltkriege diente er seinem Vaterlande zwei Jahre hindurch als Soldat. Nach seiner Lehrerausbildung kam er 1919 als Junglehrer in den Kreis Heiligenbeil, wo er zunächst in Groß Windtkeim, dann in Königsdorf, Sonnenstuhl und Bladiau unterrichtete; später wurde er nach Heiligenbeil versetzt, wo er die Mittelschullehrerprüfung bestand. Von Heiligenbeil aus war Königsberg in einer knappen Eisenbahnstunde zu erreichen. Dieser günstige Umstand machte es Guttzeit möglich, häufig das Königsberger Staatsarchiv zu besuchen, um dort seinen Forschungen nachzugehen. Dabei wurde er mit den einschlägigen Akten bald so weitgehend vertraut, daß er die dortigen Archivbeamten nur wenig zu bemühen brauchte.

Seine gründlichen landesgeschichtlichen Kenntnisse sowie die ansteigende Zahl seiner Veröffentlichungen haben ihm unter den Kennern der ostpreußischen Landesforschung bald einen guten Namen gemacht. E. J. Guttzeit gehörte zu den ältesten Mitgliedern des „Vereins für die Geschichte von Ost- und Westpreußen“, war Mitbegründer des „Vereins für Familienforschung in Ost- und Westpreußen“ und von Anfang an dessen Vorstandsmitglied. Schon 1923 wählte ihn die „Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung“ zu ihrem Mitglied. Bald folgten seine Berufungen zum Kreispfleger für Bodenaltertümer, für Kunstdenkmäler, als Archivpfleger und als Verwalter des Kreismuseums in Heiligenbeil. In besonderer Anerkennung seiner wissenschaftlichen Leistungen für die ostpreußische Landesgeschichte folgte 1941 seine Aufnahme in den „Forschungskreis der Albertus-Universität“.

Mittlerweile (seit 1928) hatte sich E. J. Guttzeit in dem von ihm herausgegebenen Natanger Heimatkalender ein eigenes Veröffentlichungsorgan geschaffen, in dem er einen großen Teil seiner Arbeiten vor und nach dem Zweiten Weltkriege zum Druck brachte, darunter auch das uns heute besonders wichtige „Geschichtliche Ortsverzeichnis des Kreises Pr. Eylau“ (in Jahrgang 4–11, 1931–38). Die stattliche Reihe seiner Veröffentlichungen beginnt 1925 mit der Arbeit über „Die Ordensburg Balga“, den bedeutendsten historischen Ort in der Landschaft Natangen. Besonderen Anklang fand seine Schrift über „Ländliche Familien-Forschung“ (1936; 2. erweiterte Auflage 1937), der 1939 als bedeutende Quellenveröffentlichung in der Reihe der Einzelschriften des Vereins für Familienforschung in Ost- und Westpreußen seine Arbeit über „Heiligenbeil und sein Bürgerbuch 1770–1918“ folgte. Inzwischen hatte ihn auch der Zweite Weltkrieg als Heeresoberlehrer und Artillerieoffizier in seinen allgewaltigen Strudel gezogen, in dem Guttzeit anfangs noch gelegentlich seine Forschungen fortsetzen konnte.

Der Verlust der angestammten Heimat hat E. J. Guttzeit besonders schwer getroffen, aber doch nicht entmutigt. Schon 1946 ließ er sein Büchlein „Heimatgrüße aus Heiligenbeil“ erscheinen. Im folgenden Jahr konnte er seine Tätigkeit als Mittelschullehrer in Diepholz (Niedersachsen) wieder aufnehmen. Im Jahre 1954 erschien sein Buch über „Diepholz und seine Straßen“. Ungefähr 60 weitere Veröffentlichungen zur Geschichte dieser Stadt sind aus seiner Feder in den folgenden Jahren erschienen, wofür die dankbare Stadt ihn zu ihrem Ehrenbürger ernannte.

Dabei hat Guttzeit seine ostpreußische Heimat nicht vergessen. Er hat weiterhin tätigen Anteil an den Arbeiten unserer Historischen Kommission für ost- und westpreußi-

sche Landesforschung genommen und weitere wichtige Veröffentlichungen zur ostpreußischen Landesgeschichte nach dem Zweiten Weltkriege herausgebracht, u. a. eine Arbeit über „Die Besiedlung des Kreises Heiligenbeil bis zur 1. Hälfte des 15. Jahrhunderts“ (in: Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis Bd 9, 1958) und die beiden stattlichen Heimatbücher für den Kreis Johannisburg (1964) und den Kreis Heiligenbeil (1977).

Allzeit frohgemut arbeitend und forschend, erschien uns E. J. Guttzeit zu seinen Lebzeiten als der vorbildliche Heimatkreispfleger, dem wir mit seinen hervorragenden Leistungen für die ostpreußische Landesgeschichte ein dankbares Gedenken bewahren.

Ernst Bah

Die Geschichte der Dönhofstädter Schloßkirchenorgel von 1723 bis heute

Von Erhard Roß

Im J. G. Herder-Institut in Marburg (Lahn) wird eine Akte mit dem Titel „Schriftstücke betr. Orgel in Dönhofstadt“ aufbewahrt¹. Es handelt sich um mehrere Blätter, darunter ein Brief und ein Kaufvertrag, die sich auf einen Vorgang beziehen, in dessen Mittelpunkt eine Orgel steht, die 1723 in Friedland (Alle) hergestellt und 1725 in der Schloßkirche des damals dem Grafen Bogislaw Friedrich von Dönhoff gehörenden Schlosses im Kreise Rastenburg aufgestellt wurde.

Eine kurze Bemerkung über die Besitzverhältnisse und Ortsnamen in diesem Teil des Kreises Rastenburg sei vorausgeschickt. Im Jahre 1338 verlieh der Deutsche Orden den adeligen Brüdern, Gerhard, Conrad und Bruno von Wolffersdorf, 60 Hufen. Conrad gründete 1361 das nach ihm benannte Dorf Wolffsdorf. Es hieß später Groß Wolffsdorf und war der Wohnsitz des Landhofmeisters Ludwig von Rautter (1542–1614). Der Besitz ging dann auf die Familien von Dohna und von Dönhoff über. In einiger Entfernung vom Dorfe hatten die Herren von Wolffersdorf auf einem durch sumpfiges Gelände geschützten „Werder“ ein festes Haus bauen lassen, das Ludwig von Rautter durch ein Renaissance-schloß ersetzte. Dies verfiel im Laufe der Jahre so sehr, daß Graf Bogislaw Friedrich von Dönhoff, seit 1697 durch Erbvertrag Besitzer der Begüterung, an einer ideal gelegenen anderen Stelle nach Plänen des damals vielbeschäftigten Architekten Jean de Bodt von 1710–1714 eins der größten ostpreußischen Schlösser errichten ließ. Bei den Beratungen über den Namen des Schlosses fiel die Entscheidung auf „Dönhoff-Stätte“ Dönhofstadt. Dieser Name wurde 1928 vom Schloß- und Gutsbezirk auf das Bauerndorf Groß Wolffsdorf übertragen².

¹ Peter Woerster: Prussica im Archiv des Herder-Instituts Marburg/L. in: Preußenland 2 (1983), S. 19.

² Die Angaben zur Ortsgeschichte und zur Genealogie sind entnommen aus Ernst Hartmann: Groß Wolffsdorf-Dönhofstadt. Ostpreußische Herrensitze im Kreise Rastenburg. Wissenschaftliche Beiträge zur Geschichte und Landeskunde Ost-Mitteleuropas Nr. 74, Marburg/L. 1966.